

Bericht der Planungsgemeinschaft Städtregion Ruhr gem. § 19 Abs. 4 Landesplanungsgesetz (LPIG)

**betrifft das Änderungsverfahren
25 BO – Quartier Feldmark –**

Einigkeit/abweichende Meinungen

Über die vorliegende RFNP-Änderung wurde überwiegend Einigkeit erzielt. Ein Meinungsausgleich mit dem Landesbüro der Naturschutzverbände NRW konnte dagegen nicht hergestellt werden.

Abweichende Meinungen aus der Mitte der Räte wurden nicht vorgebracht. Von Seiten der Planungsgemeinschaft der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen bestehen naturgemäß keine Bedenken gegenüber der von den Räten aufgestellten Änderung des RFNP.

Verfahrensablauf

Alle für das Verfahren erforderlichen Beschlüsse sind nach Beschlussempfehlung durch den verfahrensbegleitenden Ausschuss durch gleich lautende Beschlüsse in den Räten der sechs beteiligten Städte übereinstimmend gefasst worden.

Übersicht Verfahrensablauf:

Nr. der Änderung	vbA z. Erarbeitung s-beschluss	Erarbeitung s-beschlüsse	Scoping	Frühzeitige Beteiligung / Frühzeitige Bürgerbeteiligung	vbA z. Auslegungsbeschluss	Auslegungsbeschlüsse	Förmliche Beteiligung / öffentliche Auslegung	Erörterung	vbA z. abschließenden Beschluss	Abschließende Beschlüsse
25 BO	23.09.2016	23.11. - 19.12.2016	zusammen mit frühz. Beteil.	23.01. - 23.02.2017	23.02.2018	17.04. - 17.05.2018	05.06. - 06.07.2018/ 25.06. - 25.07.2018	27.11. - 14.12.2018	15.02.2019	27.03. - 11.04.2019

Der Erarbeitungsbeschluss für das vorgelegte Änderungsverfahren 25 BO des RFNP wurde von den Räten der Planungsgemeinschaft zwischen dem 23.11. und dem 19.12.2016 gefasst.

Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit fand vom 23.01. bis 23.02.2017 statt. Im Rahmen des Scopings wurde gleichzeitig den Fachbehörden die Gelegenheit gegeben, sich zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Die öffentliche Auslegung wurde zwischen dem 17.04. und dem 17.05.2018 durch die Räte der Planungsgemeinschaft beschlossen. Die anschließende öffentliche Auslegung / die förmliche Beteiligung der Träger öffentlicher Belange fanden vom 25.06 bis 25.07.2018 / 05.06. bis 06.07.2018 statt. Anschließend wurden die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPIG DVO mit dem Ziel des Meinungsausgleiches in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Mit dem Aufstellungsbeschluss wird das RFNP-Änderungsverfahren beendet. Die Abwägungs- bzw. Feststellungs-/Aufstellungsbeschlüsse zur Planänderung wurden von den Räten der Planungsgemeinschaft zwischen dem 27.03. und dem 11.04.2019 gefasst. Das Ergebnis der Prüfung und Entscheidung durch die Räte der Planungsgemeinschaft wurde den Einsendern der Stellungnahmen mitgeteilt.

Nach erfolgter Beschlussfassung wird das Änderungsverfahren der Landesplanungsbehörde mit dem gem. § 19 Abs. 4 LPIG vorliegenden Bericht nunmehr zur Genehmigung eingereicht.

Ergebnis der Erörterungen

Die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligten gem. § 33 LPIG DVO wurden im November / Dezember 2018 in einem schriftlichen Verfahren erörtert. Es konnte im vorgelegten Verfahren 25 BO mit der überwiegenden Anzahl der Beteiligten ein Meinungsausgleich erzielt werden. Hiervon ausgenommen ist der Träger „Landesbüro der Naturschutzverbände NRW“, der seine im Verfahren vorgebrachten kritischen Stellungnahmen weiterhin aufrechterhält.

Das Landesbüro der Naturschutzverbände NRW wendet sich im Wesentlichen gegen die mit den Änderungsverfahren beabsichtigte Darstellung / Festlegung von Wohnbaufläche / ASB im Freiraumbereich (ehem. Friedhofsgärtnerei) der Feldmark und den damit verbundenen negativen Auswirkungen für fast alle Schutzgüter (Umweltbericht).

Die Beteiligten sowie die durch sie vorgebrachten Stellungnahmen sind im Detail der Synopse zur förmlichen Beteiligung und zur Erörterung mit Stand Januar 2019 zu entnehmen.

Beratung der nicht ausgeräumten Bedenken und Anregungen durch die Räte

Die nicht ausgeräumten Bedenken wurden einschließlich des vollständigen Abwägungsmaterials den Räten der RFNP - Städte zur Kenntnis und zur Entscheidung vorgelegt. Die Räte haben hierzu auf der Grundlage der jeweiligen Verwaltungsempfehlung gleich lautende Beschlüsse gefasst und anschließend den Planentwurf in unveränderter Form beschlossen. Den Anregungen des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW konnte hierbei im Wesentlichen nicht gefolgt werden. Details sind ebenfalls der Synopse zur förmlichen Beteiligung und zur Erörterung mit Stand Januar 2019 zu entnehmen.

Nachweis der Herstellung des Einvernehmens mit dem Regionalverband Ruhr (RVR)

Nach der Überleitungsvorschrift zum RFNP des § 39 LPIG kann die Planungsgemeinschaft den RFNP nach den Vorschriften des § 25 LPIG i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.05.2005 ändern. Diese Regelung gilt bis zum Aufstellungsbeschluss des Regionalplans Ruhr durch die Verbandsversammlung des RVR. Hinsichtlich der regionalplanerischen Inhalte des RFNP ist dabei seit dem Erarbeitungsbeschluss des Regionalplans Ruhr am 06.07.2018 das Einvernehmen mit dem RVR herzustellen. Die für staatliche Regionalplanung zuständige Stelle wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung als gesonderter Träger mit dem Ziel der Benennungsherstellung beteiligt und auch zur förmlichen Beteiligung um Stellungnahme gebeten.

Nach § 6 LPIG nimmt die Verbandsversammlung des RVR im Verbandsgebiet die Aufgaben des Regionalrates wahr. Der Verbandsversammlung ist in der Sitzung am 05.10.2018 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden.

Die Verbandsversammlung hat sich dabei der positiven Stellungnahme der Regionalplanungsbehörde angeschlossen. Damit ist das Einvernehmen mit dem RVR hergestellt. Die entsprechenden Schreiben sind den Verfahrensunterlagen zu entnehmen.